

Griechenlands Ex-Premier beschwört Berlin

Konstantinos Simitis: Habe nicht getrickst – Münchens hellenische Gemeinde warnt vor „Kulturkampf“

VON GEORG ANASTASIADIS

München – „Warum schweigt Simitis?“, titelte dieser Tage eine auflagenstarke griechische Zeitung. Gute Frage, immerhin ist Ex-Premier Konstantinos Simitis der Mann, der Griechenland im Jahr 2001 in den Euroraum führte – oder besser schummelte, wie Kritiker in Anspielung auf Athener Haushalts-tricksereien meinen. Kaum ein Wort über die hellenische Katastrophe war dem sozialistischen Regierungschef der Jahre 1996 bis 2004 zuletzt zu entlocken. Bis zu diesem Mittwoch, als er ausgerechnet im aufgebrachtsten Deutschland sein Schweigen brach und die Berliner Regierung beschwor, Griechenland nicht fallen zu lassen. „Ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone ist nicht möglich. Die Folgen wären unvorstellbar, es gäbe eine soziale

Revolution“, warnte Simitis bei einem Vortrag in München, den er auf Einladung der Griechischen Akademie und der Europa-Union vor einem erlesenen Publikum hielt.

Wie groß die Unruhe in Münchens griechischer Gemeinde über die aktuellen deutsch-hellenischen Verstimmungen ist, hatte zuvor Akademiedirektor Wassilios Fthenakis zum Ausdruck gebracht: „Die Auseinandersetzung hat den Charakter eines Kulturkampfes angenommen. Was die Griechen jetzt brauchen, ist Respekt, Vertrauen und emotionaler Beistand.“

Er könne den Unmut in Deutschland gut verstehen, sagte auch Simitis; umgekehrt müsse die Berliner Regierung aber begreifen, dass das Schicksal des europäischen Einigungsprozesses in ihren Händen liege. „Man kann sich kaum vorstellen, wie wichtig



Konstantinos Simitis (r.) mit dem Chef der Europa-Union, Stavros Kostantinidis. BODMER

Deutschlands Führung ist, damit Europa vorankommt.“

Scharf verwahrte sich Simitis gegen Vorwürfe, er habe die Etatzahlen frisiert, um sich den Euro-Beitritt zu erschleichen. Es sei die damals übliche und von der EU akzeptierte Praxis gewesen, Ausgaben für Rüstungsprojekte erst mit der Abnahme

des Geräts haushaltswirksam zu verbuchen; demnach habe das Haushaltsdefizit im maßgeblichen Jahr 1999 bei 1,98 Prozent gelegen. Erst durch eine durch die konservative Nachfolgerregierung durchgesetzte Neuregelung, wonach die Rüstungsausgaben gemäß dem Zeitpunkt der Zahlungen etatswirksam würden, sei das Defizit nacherträglich auf 3,1 und damit über den erlaubten Wert von 3,0 Prozent angewachsen. Zugleich wehrte er sich gegen Vorwürfe, das Land sei nicht reif gewesen für den Euro: „Es war richtig, dass Griechenland der Währungsunion beigetreten ist. Sie hat uns jahrelang Stabilität garantiert. Die Fehler wurden danach begangen.“

Der 74-jährige Simitis spricht perfekt deutsch; er hat von 1954 bis 1959 in Marburg Wirtschaftswissenschaften studiert. Als solcher setzte er in seiner Athener Regierungs-

zeit marktwirtschaftliche Reformen durch, die jedoch die Mentalität der Griechen nicht wirklich durchgreifend ändern konnten. Jetzt, so glaubt er, hätten seine Landsleute begriffen: „Nach dem Zusammenbruch des Klientelsystems, nach dem jede Partei vor allem ihre Wähler zufriedenstellen wollte, ist ein Neuanfang möglich.“

Einen solchen verlangt Simitis auch in der EU. Eine Währungsunion sei dauerhaft nur mit gemeinsamer Wirtschaftsregierung erfolgreich, die die nationalen Politiken koordiniere. Berlin sieht diesen Vorschlag skeptisch, weil es weiteren Souveränitätsverlust fürchtet. Auf wenig Gegenliebe dürfte auch Simitis' Vorschlag stoßen, europäische Gemeinschaftsanleihen aufzulegen. Damit würde das individuelle Kreditausfallrisiko der Euroländer zu Lasten der stabilen Länder vergemeinschaftet.